



Beschluss der JHV der SPD Köln-Ehrenfeld vom 5.2.2019, zur Beschlussfassung an den Unterbezirksparteitag am 16.3.2019 und Weiterleitung an den Landes- und Bundesparteitag

Zum Zwei-Prozent-Ziel - Forderung der NATO und Donald Trump

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich nicht den Aufrüstungsplänen der NATO und dem 2-Prozent-Fetisch von Präsident Donald Trump zu beugen.

Die KölnSPD (ggfs. die NRWSPD vs der Bundesparteitag) unterstützt und verbreitet die Unterschriftenkampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ von der bundesweiten Friedensbewegung und vom DGB, die lautet:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe. Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“

Begründung:

Das Zwei-Prozent-Ziel ist eine willkürliche Größe und sagt nichts über die reale Verteidigungsfähigkeit aus. So würde Deutschland 62 Milliarden für die Verteidigung ausgeben, wenn es das Zwei-Prozent-Kriterium erfüllen würde, also so viel wie Russland. Ob unsere europäischen Nachbarn wirklich glücklich wären, wenn die Bundesrepublik zur stärksten Militärmacht Europas aufrückte, darf bezweifelt werden.

Die miserable Ausstattung der Bundeswehr liegt weniger daran, dass nicht genügend finanzielle Mittel vorhanden waren, sondern in erster Linie daran, dass bei einigen zentralen Großprojekten die Industrie nicht, zu spät oder unzureichend lieferte, was sie versprochen hatte.

Die isolierte Betrachtung von Verteidigungsetats führt in die Irre. So gibt Deutschland nicht nur deutlich mehr für Entwicklungshilfe aus als viele andere Nato-Staaten, es hat allein in den letzten beiden Jahren 30 bis 40 Milliarden im Jahr für die Integration von Flüchtlingen aufgebracht.